

Kennntnis der Notiz vor dem eingesetzten Untersuchungsausschuß verneint, „Bild“ aber servierte sie „mit seinem Namensinitial „K““. Künftig solle Klose, verlangte Echternach, nur noch „unter Eid vernommen werden“, damit er „endlich die volle Wahrheit“ sage.

Den Sozialdemokraten war es mal wieder gelungen, eine jener Pannen, wie sie beim Regieren so passieren, politisch heißzufahren. Schadenfroh staunte die CDU-nahe „Welt“ über das Ungeschick, einen „im Vergleich zu den Spionagefällen in Bonn, zum Stammheim-Skandal und zur Poullain-Affäre bescheidenen Streitgegenstand“ derart zum Qualmen zu bringen.

Bescheiden ist etwa das finanzielle Volumen der Affäre: Zwei Anzeigen der Staatlichen Pressestelle kosteten einige tausend, der amtliche Ankauf von „Hallo Hamburg“-Exemplaren, etwa für den Versand an Ex-Hamburger in Israel, binnen zwei Jahren knapp 30 000 Mark.

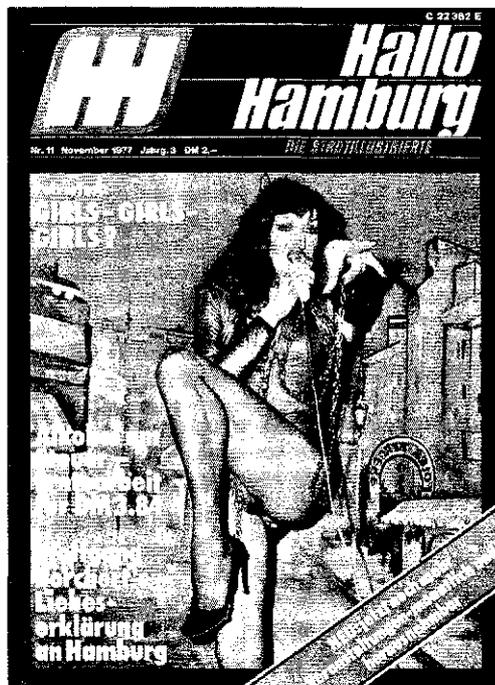
Den Vorwurf, vom Rathaus ferngesteuert zu werden, weist „Hallo Hamburg“-Chef Gerhard Balazs, ein FDP-Mann, als „albern“ zurück. Und den von Echternach getadelten „Amtsmissbrauch“ hatte seine Partei im Senat einst viel ausgiebiger betrieben: Anzeigen für das später eingestellte „Hamburg Journal“ erbaten in den fünfziger Jahren brieflich ein Senator und sogar der Bürgermeister, beide CDU.

Aber in Hamburg wird in fünf Monaten gewählt, und der CDU kam die Billigmunition mangels größeren Kalibers gerade recht. Noch mitten im Wahlkampf wird, mit bislang 33 Zeugenladungen, der Untersuchungsausschuß tagen.

Auch Kloses liberale Koalitionspartner verlangen freudig nach „rückhaltloser Aufklärung“. Denn die FDP muß eine absolute SPD-Mehrheit verhindern, will sie ihr politisches Gewicht in Hamburg halten. Sie habe deshalb wie die CDU, deutet man bei den Sozialdemokraten unterdessen Fangfragen im Ausschuß, Klose offenbar mit heimlichem Aktenwissen aus Vogels Registratur hereingelegt.

Ausgerechnet in der Senatspressestelle hatte sich das Koalitionsklima zwischen SPD-Vogel und seinem FDP-Stellvertreter Hanno Jochimsen frostig wie kaum anderswo entwickelt.

Er hatte, auch in Vogels Abwesenheit, keinen Zugang zu Klose und den Amtsleiterkonferenzen. Als er zur Großen CDU-Anfrage — Vogel war gerade in Frankreich — SPD-Staatsrat Harald Schulze, den Chef von Kloses Staatskanzlei, auf die Vogel-Briefe für „Hallo Hamburg“ hinwies, vergaß der den Tip schnell wieder.



Stadtillustrierte „Hallo Hamburg“
Bettelbriefe aus dem Rathaus

Ungerührt hörte der wenig gefragte FDP-Beamte zwei Wochen später zu, wie der SPD-Bürgermeister, von seinen Leuten falsch informiert, im Parlament danebentappte. Jochimsen: „Ich ging davon aus, daß mein Wissen auf dem Kommunikationsweg, in dem ich nicht drinstecke, weitergegeben sein mußte.“

Auch über das Blatt, um das es eigentlich ging, waren die Wege Vogels und seines Vize längst auseinandergegangen. Jochimsen hielt die Dauer-Subventionierung, da es sieben weitere gewerbliche Hamburg-Zeitschriften und noch dazu ein teures Staats-Magazin (Titel: „Via Hamburg“) gibt, im Grunde für unzulässig. Vogel hingegen mochte „Hallo Hamburg“ mit seinem bunten Titel an Hamburgs Kiosken nicht missen.

Für ihn zählte die „Stadtillustrierte“ (Untertitel) als bunter Tupfer zu dem — seit langem nicht recht geordneten — Strauß von Werbemedien, mit denen er das veraltete Hafenstadt-Image gern umschmücken wollte: mehr Verve, mehr Weltstadt. Denn dies gehört zu den Lieblingsideen des „Ersten Hamburg-Werbers“, Hans-Ulrich Klose.

Nach dem biedereren Wasserkanten-Stolz („Tor zur Welt“) unter Kloses Vorgängern strebte der neue Mann zu neuen Ufern: Hamburg en vogue auf der Hamburger Szene, mit der Klose selbst gern kokettiert, oder auch als Kommunikationszentrum, von den Pressekonzernen bis zur „Tagesschau“, denen zu Ehren er letztes Jahr die Hamburger Medientage einberief.

Vogel, den die Stadt-Werbung von Amts wegen kaum etwas anging, geriet auch darüber mit Jochimsen aneinander. Der, zum Senatsbeauftragten für die Hamburg-Werbung bestellt, trat im

letzten November, von zuwenig Beistand und Kompetenzen entmutigt, wieder zurück.

Aus so feinem Stoff im medialen Intimbereich hat sich die „Hallo Hamburg“-Affäre offenbar angespannen. Zum großen Einstieg ins Thema verhalf Vogel der von Axel Springer beherrschten Lokalpresse dann selbst: durch seine Panikreaktionen.

PRESSE

Druck von oben

Staatspartei und Staatsministerium in Stuttgart versuchen, die „Badische Zeitung“ in Freiburg, Ministerpräsident Filbingers Wahlkreis, auf Regierungskurs zu trimmen.

Gundolf Fleischer, Generalsekretär der baden-württembergischen CDU, reagierte schnell. Schon früh um neun Uhr, das Blatt druckfrisch vor sich, griff er zum Telefon und rügte einen Kommentar der „Badischen Zeitung“ („BZ“) in Freiburg als „echten Skandal“. Er beehrte knapp Auskunft darüber, welcher Partei der Verfasser angehöre, der sich „vom Inhalt her als ein Ultralinker“ ausgewiesen habe.

Gemeint war Hanno Kühnert, Volljurist, seit Ende 1976 politischer Redakteur der „BZ“ und als Autor überregionaler Blätter wie der „Zeit“ auch über Freiburg hinaus als kritisch-liberaler Journalist geschätzt. Er hatte sich in einer Glosse — „Seltsame Rechtslage“ — über einen Prozeß zwischen CDU und Erhard Eppler, dem Landesvorsitzenden der SPD, ausgelassen.

Fleischers Anruf „war nicht der erste Versuch, die ‚BZ‘ in die Reihe zu bringen“, räumt ein Stuttgarter CDU-



Zeitungsaufpasser Filbinger
Erbsenzählen im Wahlkreis



„BZ“-Chefredakteur Fürst
„Wir lassen uns ins Blatt ...“

Mann ein. Staatspartei und Staatsministerium haben es schon wiederholt darauf abgesehen, die einzige Tageszeitung im Wahlkreis des Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger zur Räson zu bringen. Denn schwer trägt der Landesvater immer noch an dem Makel, daß er 1972 in Freiburg das Direktmandat an den Sozialdemokraten Rudolf Schieler, einst Justizminister in Stuttgart, abgeben mußte.

Alte „BZ“-Redakteure entsinnen sich an mehrere Gespräche, in denen Filbinger und sein Stab im Staatsministerium zur Kopfwäsche angetreten waren. Vorläufiger Höhepunkt: eine landesväterliche Standpauke am 3. Dezember letzten Jahres vor sechs „BZ“-Redakteuren im Hotel „Stadt Freiburg“. In Filbingers Gefolge: Pressechef Benno Bueble, Fleischer, CDU-Landtagsabgeordneter Conrad Schroeder und CDU-Kreisvorsitzender Hans-Michael Ramminger.

Filbinger, der auch schon seine öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernseh-Anstalten bedrängt und die Ausgewogenheit landespolitischer Sendungen laufend von seiner Pressestelle kontrollieren läßt, machte einmal mehr deutlich, daß er die freie Presse im Ländle mit der gleichen Elle messen will. So geriet der Gedankenaustausch denn auch rasch zur Zensurveranstaltung.

Die empörte „BZ“-Redaktion bekam von ihren Delegierten jedenfalls im nachträglichen Lagebericht zu hören: Der Landesvater und seine Leute, die „natürlich keinen unangemessenen Einfluß nehmen“ (Filbinger) wollten, hätten Dossiers über das Blatt und einzelne Blattmacher aus ihren Aktenkoffern gezogen.

So attestierte Benno Bueble dem liberalen Blatt „Kampfjournalismus“, „verschärfte Linkskurs“ und „Diffamierung“. Fazit: „Vier Fünftel der Kommentare sind CDU-unfreundlich.“

Filbinger: „Daß hier mehr als 60 Prozent die CDU gewählt haben, muß doch in Ihrer Zeitung irgendwo zu spüren sein.“ Die Journalistenfrage, inwiefern eine Zeitung der Regierung denn soviel Wohlwollen entgegenbringen müsse, wie diese Macht und Mehrheit habe, stieß auf Unverständnis.

Über Macht redet die Stuttgarter Elite nicht, die übt sie aus. Leute, über die Dossiers geführt werden, läßt sie in Unkenntnis darüber, was drin steht. Als der Abgeordnete Schroeder den Pressesprecher Bueble fragte, ob man die Dokumente nicht da lassen könnte, zischte der: „Um Himmels willen nicht.“

Generalsekretär Fleischer erregte sich, daß „jeder Schwachsinn der SPD ellenlang ausgewalzt“ werde. Er erteilte aber auch gute Zensuren: „Es gibt Gebiete, wo ich zufrieden bin.“

Die Stuttgarter Zensoren hielten ihren ahnungslosen Gesprächspartnern drei Bereiche vor, in denen sich das Blatt permanent fehlerverhalte — Hochschulpolitik, Stammheim-Verfahren und Energiepolitik. Filbinger: „Die ‚Badische Zeitung‘ ist doch kein Antikernkraftunternehmen.“

Doch nicht nur in diesen Komplexen erweist sich die „BZ“ als liberales Blatt

eine besonders schlechte Figur gemacht haben steht wiederum die Härte der Kritik hinter dem Bundesdurchschnitt nicht zurück. Als Sprengstoff in den Stammheimer Zellen entdeckt wurde, rügte das Blatt die Regierung Filbinger, die „arrogant über die aus der Haftanstalt dringenden Ungeheuerlichkeiten hinwegredet“.

Solche Linie, von der sozialliberalen Regierung in Bonn wie von den Erbsenzählern in Stuttgart stets kritisch beäugt, erwies sich beim Menschenchlag zwischen Kaiserstuhl und Schwarzwald bislang als Erfolgskonzept: Die „BZ“ verkauft 160 000 Exemplare und kletterte gerade auf den dritten Platz in der Auflagen-Liste südwestdeutscher Zeitungen. Mit deutlicher Anspielung auf die Demarche aus Stuttgart sagt denn auch Chefredakteur Ansgar Fürst: „Wir lassen uns von niemandem, wie immer er auch heißen sollte, ins Blatt dreinreden.“

Ob derlei Druck aber wirklich ohne Langzeitwirkung bleibt, da man nun weiß, daß der große Bruder jeden publizistischen Schritt überwacht, wird im Blatt nachzulesen sein. Pressechef Bueble ist bekannt dafür, daß er mißliebige Journalisten auf dem Kopfbogen des Staatsministeriums — mit dem Vermerk „Persönlich“ und gleichwohl ganz Staatsmacht — „unumwunden“ zusammenstaucht: „Publizistisch einfach unvertretbar.“

Bezeichnend für die Stuttgarter Art ist auch, wie Filbinger und Bueble solche amtliche Angstpost, die nicht für die Leserbriefspalten bestimmt ist, selber einordnen. So sanktionierte etwa der Ministerpräsident den „BZ“-Redakteuren gegenüber nachträglich alles, was ihnen sein Stab bislang schriftlich gegeben hatte. Auch Bueble, für den die Freiburger Vorstellung nur „eines der üblichen Redaktionsgespräche“ war, „die wir öfter mal führen“, findet seine persönlichen Zensurbriefe auf Kopfbogen des Staatsministeriums ganz korrekt, „solange es sich um landespolitische Themen handelt“.



... nicht dreinreden“: „Badische Zeitung“

auf Mittelkurs. Da wertet sie den Fall des „beschädigten Ministers“ Leber und hält dessen Abgang für „fällig“. Da lobt ein Kommentator den Vorsitzenden der Jungen Union, Matthias Wissmann, sein Denken sei „noch nicht eingezwängt zwischen die festen Mauern der politisch-bürokratischen Apparate“.

Gerade die von Filbinger und Gefolge inkriminierten Beiträge können sich durchaus mit Texten messen, die in der überregionalen Presse erscheinen. Wo allerdings Filbinger und sein Kabinett

So wenig Unrechtsbewußtsein er beim Schreiben zu haben scheint, so unbehaglich war ihm andererseits das Bekanntwerden des Freiburger Treffens, an dem immerhin elf Personen teilgenommen hatten. Das „übliche“ Redaktionsgespräch empfand er im nachhinein als vertraulich. Bueble, der gern „verräterische Sprache“ bei Zeitungskommentaren rügt, verriet sich unversehens selbst: „Dann sollen sich die Herren nicht wundern, wenn solche Gespräche in Zukunft anders verlaufen.“